

# BRÜSSELER NOTIZEN

## zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom  
2. April 2024

Berichtszeitraum: 01.03.2024 bis 31.03.2024

### Inhalt:

- Europäischer Rat zu Ukraine, Nahost und Erweiterung
- Gazastreifen: EU mobilisiert zugesagte humanitäre Hilfe für Palästinenser
- EU-Ägypten: strategische und umfassende Partnerschaft
- Global Gateway – 200 Mio. EUR für Ugandas Wirtschaft
- Humanitäre Hilfe: EU bekämpft Krisen in der Region der Großen Seen mit 70 Mio. EUR
- Rückläufiger Trend beim europäischen Handelsdefizit mit China
- Kurzmeldungen

## Europäischer Rat zu Ukraine, Nahost und Erweiterung

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU arbeiteten auf ihrem [Gipfeltreffen am 21. und 22. März 2024](#) in Brüssel eine lange Themenliste geräuschlos ab. Sie reichte von Erleichterungen für Landwirte, über Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bis zu Fragen der Sicherheit und Verteidigung sowie der Erweiterung. Naturgemäß standen aber die beiden Kriegsschauplätze Ukraine und Gaza im Vordergrund der angenommenen Schlussfolgerungen: Im Rahmen der Militärhilfe für die Ukraine, zu deren Unterstützung sich der Rat „entschlossener denn je“ bekannte, soll die Beschaffung von Munition zur Erreichung der Zielmarke von 1 Mio. Geschosse beschleunigt werden und dazu auch der Munitionskauf von Nicht-EU-Ländern möglich sein. Zudem bekannte sich der Rat dazu, zur Finanzierung von Militärhilfen künftig Zinserträge auf eingefrorenes russisches Kapitalvermögen in einer Höhe von ca. 3 Mrd. EUR zu verwenden.

Im Hinblick auf den zweiten großen militärischen Konflikt, den Krieg in Gaza, forderte man angesichts der katastrophalen humanitären Lage eine sofortige Feuerpause, die bedingungslose Freilassung aller Geiseln und die Bereitstellung humanitärer Hilfe. Ziel der EU ist dabei weiterhin ein „dauerhafter und tragfähiger Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung“. Beim Thema EU-Erweiterung gaben die EU-Führungsspitzen in Anbetracht der „Fortschritte von Bosnien und Herzegowina auf seinem Reformpfad“ grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Dr. THOMAS LEEB

## Gazastreifen: EU mobilisiert zugesagte humanitäre Hilfe für Palästinenser

Die EU-Kommission [vermeldete](#) am 7. März 2024 Fortschritte bei der Bereitstellung der humanitären Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen. So würden 81 Mio. EUR von den für 2024 vorgesehenen 125 Mio. EUR für humanitäre Hilfe an humanitäre Partnerorganisationen zur Umsetzung weitergeleitet. Die EU richtete ferner eine humanitäre Luftbrücke ein und lieferte bisher in 41 Flügen mehr als 1800 Tonnen Hilfsgüter über Ägypten an die Palästinenser. Zudem werden zusätzliche Maßnahmen wie ein EU-Seekorridor und weitere Hilfslieferungen per Luftbrücke geprüft. Bei seinem zweitägigen Besuch im Westjordanland, in Jordanien und Israel am 6. und 7. März unterstrich der EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, das Bestreben der EU, alle verfügbaren Ressourcen für humanitäre Hilfe für bedürftige Palästinenser zu mobilisieren. CONSTANTIN BLASCHKE

## EU-Ägypten: strategische und umfassende Partnerschaft

Am 17. März 2024 haben die EU und Ägypten ihre Beziehungen auf das Niveau einer [strategischen und umfassenden Partnerschaft](#) angehoben. Die Zusammenarbeit soll in sechs Bereichen intensiviert werden: politischer Dialog, wirtschaftliche Stabilität, Investitionen und Handel, Migration, Sicherheit und die Entwicklung des Humankapitals. Die EU kündigte Zuschüsse, Darlehen und andere Finanzmittel i.H.v. rund 7,4 Mrd EUR bis 2027 an. 200 Mio. EUR davon dienen dazu, die Zusammenarbeit im Bereich Migration noch effektiver zu gestalten. So soll die Arbeit zur Erleichterung der legalen Migration fortgesetzt und gleichzeitig Schleuserkriminalität bekämpft werden. Darüber hinaus wird die EU die Wirtschaft Ägyptens unterstützen und die Kooperation bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff intensivieren. Beispielsweise entwickelt die EU derzeit eine elektrische Verbindungsleitung „Gregy“, die Ägypten mit Griechenland verbinden soll. Ferner kann sich das nordafrikanische Land zukünftig an EU-Programmen, wie Horizon Europe, beteiligen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hob bei ihrem [Besuch in Kairo](#) die Bedeutung der Partnerschaft mit Ägypten hervor. Diese werde aufgrund des politischen und wirtschaftlichen Gewichts Ägyptens und der strategischen Lage des Landes in einer unruhigen Nachbarschaft zukünftig zunehmen. MICHELLE WIESNER

## Global Gateway - 200 Mio. EUR für Ugandas Wirtschaft

[Acht neue Initiativen](#) sollen Ugandas Wirtschaft ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen. Dies wurde im März 2024 auf dem High-Level Business Forum „Boosting Trade and Investment. What can Uganda gain from the Global Gateway?“ beschlossen. Von den Investitionen sollen insbesondere Kleinunternehmer, Jungunternehmer und Frauen in der Wirtschaft profitieren. Die geförderten Projekte decken ein breites inhaltliches Spektrum ab, das von Infrastruktur über Wohnungsbau und Menschenrechte bis hin zu nachhaltiger Landwirtschaft reicht.

Die EU-Generaldirektorin für Internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, hob in diesem Zusammenhang den Mehrwert der Global Gateway-Projekte hervor: „Die Initiativen machen einen spürbaren Unterschied für Bürger und Unternehmen, so dass das volle Potenzial eines Partnerlandes freigesetzt werden kann“. LAURA LAHNER

## Humanitäre Hilfe: EU bekämpft Krisen in der Region der Großen Seen mit 70 Mio. EUR

Die Europäische Kommission [kündigte](#) am 13. März 2024 weitere humanitäre Hilfe für die Folgen von Konflikten, Gewalt und Naturkatastrophen in der Region der Großen Seen Afrikas an. Die Mittel werden in der Demokratischen Republik Kongo (63,75 Mio. EUR) und Burundi (6 Mio. EUR) dafür eingesetzt, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, Zugang zu Bildung in Notsituationen sowie Katastrophenvorsorge und Flüchtlingshilfe zu ermöglichen.

Die Bereitstellung für die sich verschlechternden humanitären Krisen geht mit einem dringenden Appell des EU-Kommissars für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, an die Konfliktparteien im Ost-Kongo einher, humanitäres Völkerrecht und die Rechte der Zivilbevölkerung zu achten. CONSTANTIN BLASCHKE

## Rückläufiger Trend beim europäischen Handelsdefizit mit China

Die EU möchte ihre Abhängigkeiten reduzieren und verfolgt eine außenpolitische [Diversifizierungsstrategie](#). Ziel ist es, einseitige Handelsbeziehungen abzubauen und mit mehreren Partnern zu kooperieren. Davon besonders stark betroffen sind die Beziehungen zu China, die nach wie vor durch ein hohes Handelsdefizit seitens der EU gekennzeichnet sind. Mit rund 20 Prozent war China auch 2023 das wichtigste Importland für die EU. Die gute Nachricht ist jedoch, dass ein rückläufiger Trend zu erkennen ist. Während die negative Handelsbilanz im Jahr 2022 noch bei 400 Mrd. EUR lag, konnte das [Handelsdefizit mit China](#) 2023 auf 291 Mrd. EUR zurückgeschraubt werden. Dies entspricht einem Rückgang um 27 Prozent.

Die wichtigsten Einfuhrgüter sind Telekommunikationsgeräte und elektrische Maschinen, beide verzeichneten 2023 einen Rückgang. Von einem generellen Abwärtstrend bei den Importen aus China kann allerdings nicht gesprochen werden: Kraftwagen und Kraftwagenteile legten 2023 im Vergleich zum Vorjahr um beachtliche 36,7 Prozent zu. LAURA LAHNER

## Kurzmeldungen HANNAH FONTAINE

Im Rahmen des dritten Europäischen Forums für humanitäre Hilfe kündigten die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Europäischen Kommission die geplante Finanzierung [der humanitären Hilfe für globale Krisen](#) i.H.v. mehr als 7,7 Mrd. EUR für das Jahr 2024 an.

Am 14. März 2024 verurteilte das Europäische Parlament die [Inhaftierung politischer Gegner in Venezuela](#) und fordert Sanktionen. Vier Monate vor der Präsidenten-Wahl in Venezuela geht die Regierung von Amtsinhaber Nicolás Maduro immer stärker gegen Oppositionelle vor.

Um die [Gesundheitssysteme und soziale Absicherung in Afrika](#) zu stärken, hat Team Europe gemeinsam mit seinen afrikanischen Partnern vier neue Initiativen ins Leben gerufen. Insgesamt sind über 500 Mio. EUR an Unterstützung geplant.

Die Verhandlungen über ein [Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Philippinen](#) wurden am 18. März 2024 wiederaufgenommen. Seit 2017 waren die Verhandlungen über das Abkommen, in dessen Fokus die Nachhaltigkeit steht, auf Eis gelegen.

Die EU und Angola haben das erste [Sustainable-Investment-Facilitation-Abkommen](#) abgeschlossen. Es soll EU-Investitionen anziehen und ausweiten, gleichzeitig aber die Verpflichtung auf Umwelt- und Arbeitsrechte in die Beziehungen zwischen der EU und Angola integrieren.

Am 7. März 2024 wurde EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen von der Europäischen Volkspartei in Bukarest zur Spitzenkandidatin für die Europawahl [gewählt](#). In ihrer Rede nannte sie die Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen, den Aufstieg Chinas, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Migration sowie das Eintreten für Demokratie als die wichtigsten Herausforderungen Europas.

---

**Dr. Thomas Leeb**, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Unter Mitarbeit von **Constantin Blaschke, Hannah Fontaine, Laura Lahner und Michelle Wiesner**

### **Impressum**

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | [www.hss.de](http://www.hss.de)

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter

Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: [brussels@hss.de](mailto:brussels@hss.de)

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).

Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.